



Alternativantrag

des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

zu „European Green Deal muss auch in der Krise die sozialökologische Wende bringen“ (Drs. 19/2608)

Lockdown-Folgen bekämpfen, Wirtschaft effektiv stärken, EU-Vorgaben der Krise anpassen

Der Landtag wolle beschließen:

Staatliche Maßnahmen vor dem Hintergrund der Corona-Welle haben europaweit zu einer erheblichen Schwächung der Wirtschaft geführt.

Eine Verschärfung von Vorgaben der Europäischen Kommission durch den sog. „European Green Deal“ würde eine weitere Belastung bedeuten und ist daher abzulehnen. Das starre Festhalten an einem kompletten Umbau der Wirtschaft verhindert sachgemäße und an den unterschiedlichen Bedürfnissen der EU-Mitgliedstaaten ausgerichtete Wirtschaftshilfen und belastet gerade diejenigen Industriezweige unverhältnismäßig, die in der aktuellen Krise von zentraler Bedeutung sind.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass die EU-Mittel zur Stärkung der Wirtschaft zielgenau und unter Einbeziehung der Bundesländer eingesetzt werden. Statt einen Teil der Mittel pauschal für sog. Klimaschutzmaßnahmen abzuzweigen, sollen auch Aufwendungen für den Umwelt- und Naturschutz sachgerecht und im Einzelfall begründet getätigt werden.

Begründung:

Die EU-Kommission hat am 17.9.2020 eine Änderung des geplanten „Europäischen Klimagesetzes“ vorgelegt, um das Emissionsreduktionsziel von mindestens 55 Prozent bis 2030 als Zwischenziel auf dem Weg zur angestrebten „Klimaneutralität“ bis 2050 festzuschreiben. Diese Verschärfung der EU-Klimaziele erfolgte nur wenige Wochen vor der erneuten Anordnung eines bundesweiten Lockdowns zur Senkung der Corona-Infektionszahlen.

Bereits im November ging der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland wegen der Lockdown-Maßnahmen im Jahr 2020 um 5,1% zurückgehen wird. Im Hinblick auf einen weiter andauernden Lockdown, dessen erneute Verschärfung derzeit diskutiert wird und in einzelnen Bundesländern bereits angeordnet worden ist, muss mit schwerwiegenden Folgen für die Wirtschaft über das gesamte Winterhalbjahr 2020/21 gerechnet werden.

Da die wirtschaftlichen Folgen der Lockdown-Krise nicht absehbar sind, jedoch mit Sicherheit über das gesamte nächste Jahr anhalten werden, verbietet es sich, die Wirtschaft den Zielen einer planwirtschaftlichen „Klimapolitik“ unterzuordnen. Die schon jetzt hohen Energiekosten bergen bei einem weiteren politisch induzierten Umbau der Energieversorgung das Risiko von strukturellen Verwerfungen. Darüber hinaus riskiert eine solche zentralistische Politik die Abwanderung wichtiger Industriebereiche in Drittländer mit allen sozialen Folgen.

Volker Schnurrbusch und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD